

Jürgen Eckl

Sieben falsche Thesen über Asien und seine Gewerkschaften*

Dr. Jürgen Eckl, geb. 1943 in Aussig/Böhmen, Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Ethnologie in Frankfurt/M. und Hannover, Forschungsarbeiten in Algerien und Chile, Universitätsdozent, von 1985 bis 1993 Gewerkschaftsberater der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lateinamerika, ist in der Internationalen Abteilung beim DGB-Bundesvorstand für Entwicklungspolitik zuständig.

Was wäre das Eigene ohne das Fremde.
Friedrich Hölderlin

Asien ist „in“, nimmt mit Nachdruck seinen Platz im Prozeß der Globalisierung ein, ganz so, als sei dieser auf dem Kontinent und für diesen Kontinent

erfunden worden. Zugleich bevölkern das überraschte Reden und Schreiben im Westen über diese gigantische wirtschaftliche und gesellschaftliche Kontinentalverschiebung eine Vielzahl liebgewordener Stereotypen über diese so fernen, jetzt so nah gerückten Nachbarn. Der folgende Essay ist der Versuch, einige der geläufigsten Allgemeinplätze aufzugreifen, sie ein wenig abzuklopfen, in Frage zu stellen und zu widerlegen, wohl nie vollständig und nie endgültig. Ziel ist nicht, die Wirklichkeit zurechtzurücken, sondern einen unaufgeregten Blick auf unsere gemeinsamen Zeiträume zu werfen.

1. Gewerkschaften in Asien sind in der Mehrzahl Sprachrohre ihrer jeweiligen Regierungen oder Transmissionsriemen kommunistischer Parteien

Auch Vorurteile haben ihre Geschichte, und ein mit besonderer Hartnäckigkeit vorgetragenes Erklärungsmuster ist das von den Gewerkschaften in Asien als Ablegern eines europäischen Gesellschafts- und Entwicklungsmodells ohne eigene, sondern lediglich mit kolonialen Wurzeln in Asien. Ergänzt wird dieses Zerrbild durch das Bedrohungsszenario der gewerkschaftlichen Pannenmotoren der Weltrevolution in Gestalt von asiatischen Gründungsmitgliedern des heute moribunden kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes.

Staatstragend/kommunistisch oder staatstragend/antikommunistisch, dieser einfache kategoriale Rahmen schien als Gliederungsprinzip der asiatischen Gewerkschaftsbewegung mehr als ausreichend, um das je eigene Lager abzugrenzen. Die Mühen der Differenzierung erschienen auch deshalb überflüssig, weil sich die von außen projizierten Vorurteile bestens mit den in Asien selbst produzierten Vorurteilen verknüpften. Das Entstehen einer neuen, unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in Ländern so unterschiedlichen Entwicklungsstandes wie Südkorea und Thailand, in einer benachteiligten Region des indonesischen Archipels wie in modernen Enklavenzonen Indiens, hat das überkommene Denkschema verunsichert, aber nicht außer Kraft gesetzt.

Gewerkschaften, die ihre Rolle im Unabhängigkeitskampf nostalgisch zitieren; Gewerkschaften, die autoritäre Erziehungsdiktaturen als Königsweg zur Entwicklung preisen; Gewerkschaften, die der Staatskontrolle mit ihrer machtgeschützten Sicherheit nur ungern entgleiten wollen; Gewerkschaften, in denen Männer ihre organischen und organisierten Bastionen gegen die Herausforderungen durch Frauen, Kinder, den Einbruch der Moderne und der städtischen und ländlichen Armut verteidigen; Gewerkschaften, die sich statt einer korrupten, deshalb aber kalkulierbaren Bürokratie nun unvermittelt einem unberechenbaren, kaltschnäuzigen Management gegenübersehen; sie alle eint die Suche nach Antworten auf Themen, die sie nicht auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Dabei entnehmen sie ihre Rhetorik dem angestammten Bodensatz dessen, was sie waren, und flechten ihr vage Bilder ein dessen, was sie vielleicht

einmal sein wollen, aber unfreiwillig schon sind: der einzig organisierte Teil von ziviler Gesellschaft in Asien jenseits der Familien- und Clanstrukturen, jenseits der alten Eliten und neuen Machtklüngel.

Gewiß hat es der MTUC in Malaysia, der als Gewerkschaftsbund über Jahrzehnte seine Autonomie zäh gegen eine technokratisch-repressive, zugleich aber erfolgreiche Regierung verteidigt hat, leichter, seine gesellschaftliche Glaubwürdigkeit in der Opposition einzusetzen, als es in Indien dem INTUC in seiner Rolle als gewerkschaftliches Standbein der Kongreß-Partei nun etwas ferner der Regierungsmacht je möglich sein wird.

Als vor kurzem der Generalsekretär des NTUC von Singapur, der zugleich Minister ohne Portefeuille in der nicht sonderlich pluralistischen Stadtstaatregierung ist, den DGB-Vorsitzenden vor die Frage stellte: „Was ist besser: Wenn die Gewerkschaft ihren Mann in der Regierung oder die Regierung ihren Mann im Gewerkschaftsvorstand hat?“, konnte die Antwort: „Keins von beidem!“ den asiatischen Dialogpartner nicht unmittelbar überzeugen. Zumal die Gewerkschaften Singapurs nicht ohne Stolz darauf verweisen können, mit ihrem staatskonformen Wirken nicht nur ein europäisches Lohnniveau erreicht zu haben, sondern auch ein System der sozialen Sicherheit aufzubauen, von dem man in Teilen Europas heute bereits nur noch träumen kann.

Die chinesischen Staatsgewerkschaften sind gewiß kein Hort für demokratische Erneuerung; von Staat und Staatspartei kontrolliert, sollen sie soziale und politische Stabilität wahren und das Wirtschaftswachstum fördern, welches sie wiederum mit völlig neuartigen Konflikten konfrontiert, die ihnen förmlich aufnötigen, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten und damit im Einzelfall Partei gegen die Partei zu ergreifen. Der alte verschlissene Transmissionsriemen operiert in einer Zwickmühle, da ihm das neue Arbeitsgesetz von 1995 Spielräume zubilligt, die, weitgehend unerprobt, noch ausgelotet werden müssen, während sie als Gewerkschaften selbst Teil der Nomenklatura sind, die verbissen ihre Privilegien und Machterhaltung verteidigt Zugleich aber sind die chinesischen Gewerkschaften Teil eines zunehmenden Prozesses der Verrechtlichung der politischen Strukturen Chinas und damit einer realistischen Reformperspektive, die zu regionaler Ausdifferenzierung, relativer lokaler Autonomie und Dezentralisierung führt - mögliche Grundlage eines veränderten gewerkschaftlichen Selbstverständnisses: Ausgang in Grenzen offen.

In Südkorea haben sich - nicht ganz idealtypisch und auch nicht zwangsläufig - wirtschaftliche Entwicklung und Demokratisierungsprozeß verknüpft, mit allen Geburtswehen und autoritären Rückfällen zwar, aber dennoch scheint's unwiderruflich. Damit verbunden war die Entstehung einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, über Jahre erbittert bekämpft von den staatsnahen offiziellen Gewerkschaften, die ihr Vertretungsmonopol und ihr lukratives politisches und wirtschaftliches Klientendasein verteidigten.

Die illegalen unabhängigen Gewerkschaften, teils toleriert, teils unterdrückt, erkämpften sich über eine Vielzahl harter Arbeitskonflikte einen De-facto-Status und erzwangen ihre Tariffähigkeit außerhalb der geltenden Gesetze. Durch direkte Aktion und abfedernde Wirkung wurde so eine Verzehnfachung des Realeinkommens in weniger als sieben Jahren erreicht. Als die rechtliche Anerkennung des unabhängigen KCTU zum Jahreswechsel 1996/97 nicht nur ausblieb, sondern zugleich mit einer Verschlechterung des Arbeitsrechtes einherging, reagierten erstmals in der südkoreanischen Geschichte beide Bünde, der betroffene KCTU und der offizielle FKTU gemeinsam mit massivem Protest, verbunden mit internationaler Unterstützung, und erzwangen Korrekturen und das Einlenken einer asiatischen Regierung. Unbeschadet eines materiell und rechtlich noch nicht befriedigenden Ergebnisses sind dabei zwei Dinge von hohem Symbolwert: In einer Region, in der gemeinhin der Gesichtsverlust als größtes Übel gilt, räumt eine demokratisch gewählte Regierung Fehler ein. Zum zweiten bricht eine als regierungsabhängig verschrieene Gewerkschaft mit ihrem traditionellen Paten und findet zu etwas Nichtselbstverständlichem: gewerkschaftliche Solidarität.

Die Zeiten sind im Fluß, und auch in die traditionellen Gewerkschatten Asiens ist Bewegung gekommen. Eine Auf- und Abrechnung mit Kategorien der Vergangenheit und Über Vergangenes wird müßig, wie Überraschendes und Veränderung schon jetzt die Wirklichkeit im Griff haben.

2. Leidensfähigkeit, Arbeitsbereitschaft und kollektive Werthaltungen bei den Völkern Asiens ermöglichen einen Aufholwettbewerb, an dessen Ende die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften im Westen als Verlierer stehen werden

Die Alltagsphilosophien über Asien zeichnen gewöhnlich das Bild von verbissen schuftenden, sich mit einer Schale Reis am Tag begnügenden, autoritätsliebenden, nachahmungseifigen, gewerkschaftsverachtenden, trotzdem kollektivgebundenen Menschenmassen, die unter Anleitung despotischer Erziehungsdiktatoren täglich nur ein Ziel vor Augen haben: die Eroberung der Weltmärkte zur Schaffung des Asiatischen Jahrhunderts und zur Verbreitung der konfuzianisch-buddhistisch-islamisch-taoistisch-holistischen Werte von Familie, Unterordnung und Pflichterfüllung im Weltmaßstab.

Rhetorisch taucht Asien seit Mitte der achtziger Jahre als Metapher für Lohn- und Sozialdumping im innenpolitisch gefärbten Diskurs westlicher Gewerkschafter auf; asiatischer Massenfleiß wird zur Retourkutsche in Tarif[^] Verhandlungen, diffuse Bedrohungssangste verhindern die Differenzierung der Blickwinkel auf Asien. Asiatische Gewerkschaften gelten nicht als mögliche Bündnispartner, da sie einem patriarchalischen Wirtschaftsmodell inkorporiert seien.

Gern wird dabei übersehen, daß die Grundlage der Wirtschaftserfolge in Asien auf enormen Investitionen in die Qualifizierung der eigenen Arbeits-

bevölkerung beruht, einer Anstrengung über mehr als eine Generation hinweg. Dabei lassen sich Entwicklungsphasen vielleicht verkürzen, aber nie überspringen. Ihre Exporterfolge aber erzielen sie wie andernorts auch nur als De-facto-Hochlohnländer, sowohl im regionalen als auch im weltweiten Vergleich. Asiatische Entwicklungsunterschiede machte der Rücktritt des international hochangesehenen Finanzministers von Thailand Anfang Juli 1997 deutlich, der seinen Schritt als Protest gegen die Niedriglohnpolitik der thailändischen Arbeitgeber verstanden hat, die mit ihrem kurzsichtigen Gebaren ausschlaggebend für die schon katastrophale Wirtschaftskrise des Königreichs seien.

Arbeitnehmer in der westeuropäischen Auioniobilindustrie stehen nicht in Konkurrenz mit den arbeitenden Armen in Bangla Desh oder Nepal, sondern finden sich in der gleichen Situation mit ihren Kolleginnen und Kollegen in Südkorea und Japan, die bei gleichwertigem Einkommensniveau ebenfalls den Risiken der eigenen Produktivitätsfortschritte ausgesetzt sind. Im Kern aber besorgen sie, ohne immer voneinander zu wissen, die wechselseitige Stabilisierung ihrer jeweiligen Arbeitsplätze.

Der Kapitalismus gebärt in China wie in Deutschland sein eigensinniges Regelwerk, das nur bei Strafe des Verlierens verlassen werden kann. Seiner naturwüchsigen Anarchie müssen soziale Schranken gesetzt werden, welche die bornierte betriebswirtschaftliche Logik aufbrechen, von der die gegenwärtigen globalen Hütchenspieler besessen sind. Beim Hütchenspiel gewinnt am Ende immer nur der Halter, nie der Mitspieler. Soll die Globalisierung mehr sein als ein gigantischer Taschenspielertrick, kann sie sich schon im eigenen Systeminteresse nur unter Beachtung verbindlicher Regeln und Standards durchsetzen. Das gilt nicht nur für wirtschaftliche, fiskalische und technologische Normen, sondern gleichermaßen auch für soziale Standards und grundlegende Arbeitsnormen.

Die Anpassung an international verbindliche Maßstäbe ist dabei ein steter heilsamer Zwang, eine Rationalisierungspeitsche vergleichbar chancengleicher Tarifverhandlungen. Wenn ein Großteil der asiatischen Regierungen und nur noch wenige asiatische Gewerkschaften die Aufnahme von Sozialklauseln in internationale Handelsverträge mit der Hysterie von Bullbeißern ablehnen, verteidigen sie Verhältnisse, die gar nicht mehr die eigenen sind. Wenn mittlerweile koreanische Unternehmer auf der Flucht vor den Lohn- und Sozialkosten im eigenen Land als Wirtschaftsflüchtlinge Asyl in den Hinterhöfen von Asunción, Paraguay oder in sonst einer Maquila-Freizone an der Rändern der Weltwirtschaft suchen, dann zeigt auch dies in negativer Dialektik die Chancen der Globalisierung, die auf Dauer kein Nullsummenspiel bleiben kann. Starke Gewerkschaften sind dafür in Asien wie weltweit eine unabdingbare Voraussetzung. Sie sind zumindest in Asien, von einigen Ausnahmen und einigen Niemandsländern wie Burma abgesehen, nicht schwächer geworden.

3. Asiatische Wertesysteme entziehen sich dem westlich-aufgeklärten Bewußtsein

Nur wenige Impulse von außen wurden von westlichen Konservativen so begeistert aufgenommen wie die „Asian Values“, die asiatischen Werte, dargeboten von den Eliten und Machthabern aus Singapur, Malaysia und China. Der darin ausgedrückte Vorwurf der Konsumversessenheit, des hemmungslosen Individualismus und des Materialismus der westlichen Gesellschaften fällt nirgendwo auf fruchtbaren Boden als da, wo Politiker ihr Volk als Faulenzer im Freizeitpark Deutschland vermuten oder Arbeitgeberpräsidenten den Systemwechsel von der entscheidungshemmenden Demokratie hin zu entscheidungs-freudigeren Strukturen fordern.

Mit dem Kunstgriff des Respekts vor „fremden Kulturen“ kann dann im gleichen Verfahren das leidige Thema über den Zusammenhang von Menschenrechten, internationalem Handel und Wirtschaftspolitik eskamotiert werden, während mit der Beschneidung des Universalanspruchs der Menschenrechte gleich auch noch die Verstümmelung von Mädchen und Frauen als schützenswertes Kulturgut verstanden werden kann.

Die Achtung vor den asiatischen Kulturen, den menschlichen und spirituellen Dimensionen ihrer Religiosität, die Kenntnisse über ihre Dynamik und die Widersprüche ihrer Gegenwart gebieten es geradezu, das Klischeehafte. Anmaßende und krude Ideologische aufzudecken hinter den Diskursen von Politikern wie Dr. Mahathir bin Mohamad. dem Premierminister von Malaysia und notorischem Gewerkschaftsfresser, von Lee Kuan Yew, dem immer noch einflußreichen ehemaligen Regierungschef von Singapur, der Demokratie für gutes Regieren als grundsätzlich störend empfindet, oder von Li Peng, dem chinesischen Ministerpräsidenten, dem nach dem Schiffbruch des Marxismus-Leninismus-Maoismus kein besserer Rettungsanker mehr einfällt als ebendiese „asiatischen Werte“. Die Ironie will es. daß dieses „antiwestliche“ Dreigestirn unter Führung des Singapur-Philosophen Lee Kuan Yew weltmarktbewußten, städtischen Leistungseliten vorsteht, die keineswegs bereit sind, sich die neugewonnenen Bereicherungsmöglichkeiten durch allzu „asiatische“ Moral Vorstellungen einschränken zu lassen.

Gewiß hat der Westen vom Besten der Aufklärung, nämlich von eigenen Traditionen Abstand zu gewinnen und eingeschränkte Blickwinkel zu erweitern, nicht immer regen Gebrauch gemacht, und gerade Demokratie und Menschenrechte gehörten nicht zur Grundausrüstung seines missionarischen Wirkens. Dennoch sind in der Globalisierungs-debatte Demokratie und Menschenrechte kein philantropisches Beiwerk, das man für künftige Sonntagsreden im „kritischen Dialog“ zurückstellen kann.

Demokratie und Menschenrechte sind keine Kulturleistung oder Erfindung des christlichen Abendlandes, sondern wurden gegen dessen Borniertheit durchgesetzt dank der universellen Philosophien der Aufklärung, nachgerade Frucht eines interkulturellen Dialogs und einer neuen Welterfahrung.

Zweifellos hat sich der Westen seit diesen klassischen Zeiten der Lektüre von Persischen Briefen auf west-östlichem Diwan als zunehmend lernunwillig und -unfähig erwiesen. Dennoch muß eurozentrische Kritik nicht zur Beichte des Ketzers auf dem Totenbett verkommen, sondern an einigen simplen Wahrheitsgehalten darf festgehalten werden. Folgerichtig argumentiert die Menschenrechtserklärung der asiatischen Nichtregierungsorganisationen von Bangkok 1993: „Wir weisen die Logik zurück, daß eine Person in Asien ein geringeres Schutzrecht vor Folter haben soll, nur weil sie in Asien gefoltert wird.“

So wie die Menschenrechtspolitik des Westens in Vergangenheit und Gegenwart ihren taktischen und selektiv-opportunistischen Charakter selten verbergen konnte, ist die Inanspruchnahme asiatischer Werte eine Abwehrreaktion autoritärer Systeme, deren Legitimation zu bloßem Machterhalt verkümmert ist.

Auch in Asien ist eine kapitalistische Modernisierung nur möglich, wenn sich eine civile Rechtsordnung hinzugesellt, welche Integrationsprobleme hochkomplexer Gesellschaften mit den Mitteln eines modernen Rechts zu bewältigen vermag. „Man kann nicht das eine wollen und das andere lassen.“ (Jürgen Habermas), Individuelle Rechtssicherheit ist die Voraussetzung für die Stabilität wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Entwicklung, die nur bei Strafe des Zusammenbruchs auch in Zeiten der Globalisierung aufgekündigt werden kann.

4. Europäisch-westliche Modelle haben ausgedient, konfuzianische und verwandte Autoritätsmodelle haben die Erbteile kolonialer Vergangenheit abgelöst

Es heißt, die konfuzianische Tradition übe bis heute in China, Korea, Taiwan und Vietnam einen bestimmenden Einfluß aus und wirke im modernen Japan, wenn auch in stark abgewandelter Form, nach. Deren Grundidee sei, daß die Interessen der Gemeinschaft über die des Individuums zu stellen seien, demzufolge kenne die politische Ethik des Konfuzianismus keine subjektiven Rechte, sondern Recht beschreibe in erster Linie die Pflichten des Bürgers gegenüber seinem politischen Gemeinwesen und dessen Anspruch auf Verbrechenskontrolle und Machtdurchsetzung der Herrschenden.

Diese Beschreibung des irdischen Paradieses für Machthaber von Kroatien bis Burma, von Djakarta bis Peking, leidet nur an einem entscheidenden Manko: es fehlen allmählich die konfuzianischen Völker, die sich auf Dauer einem solchen säkularen Gottesstaat unterwerfen wollen. Diese wiederum können sich auf zwei Elemente des klassischen Konfuzius berufen, den Nachdruck auf Bildung, den der chinesische Philosoph legte, und das Recht auf Rebellion gegen Ungerechtigkeit, das er vornehmlich den Gelehrten zur Pflicht machte.

Zum Glück für das Ansehen des Konfuzius ist seine Philosophie nie als reine Lehre zur Anwendung gekommen, und seine Auswirkung auf das Gebaren der Regierenden mildert die herrschende Korruption dergestalt, daß man davon ausgehen kann, wenn die Tochter Suhartos in Indonesien den Auftrag für eine gebührenpflichtige Autobahn ergattert und ihren Coupon abgeschnitten hat, es tatsächlich zum Bau dieser Autobahn kommt und damit die Verkehrsverhältnisse verbessert werden.

Bei allem Ausmaß an sozialer Anpassungsfähigkeit, Konformismus, Clan- und Familienorientierung, Harmoniebedürfnis, Scham und Normenkontrolle, das gewöhnlich der sogenannten asiatischen Mentalität zugeschrieben wird, dürfte eine unterschwellige Zielvorstellung vorherrschend sein, die ein Passus der amerikanischen Verfassung in unübertreffbarer Manier als Recht des „pursuit of happiness“, des Strebens nach Glück, verankert hat.

Der gesellschaftliche Strukturwandel der asiatischen Moderne wird zwangsläufig angemäßte Autorität in Frage stellen, wird Gruppendruck auflösen, wenn er nicht mehr als gewinnbringend und statussichernd, sondern nur noch als mafios erfahren wird. Das Ergebnis kann, muß aber keine „Verwestlichung“ sein, vor der uns die Kulturpessimisten allerorten schon immer gewarnt haben, dann eher schon ein Eklektizismus der Verhaltensmuster, Moden, Medienerfahrungen und Ausdrucksformen, in dem das erträumte Weltdorf endlich zum Durchbruch gelangt.

5. Die asiatischen Tiger bedrohen mit ihrem hemmungslosen Konkurrenzkampf die westlichen Wohlstandsinseln

Die Nachkriegsgeschichte weist den Tigern eine eigentümliche Gemeinsamkeit zu: Alle waren oder sind politisch (Südkorea, Taiwan, Hongkong) oder soziokulturell (Singapur) abgeriegelte (Halb-)Inselpopulationen, die bis heute unter dem Streß militärischer Bedrohung oder nachbarlicher Einverleibungswünsche stehen. Am Anfang handelte es sich in der Regel um importgestützte Kriegswirtschaftssysteme; sie wurden abgelöst von binnenmarktorientierten Volkswirtschaften, die heute endlich als modernisierte und stabilisierte Ökonomien gleichberechtigt am Weltmarkt teilnehmen. Ihre Exporterfolge verdanken sie nicht geschickter Nachahmung oder der Überausbeutung der heimischen Arbeitskräfte, sondern der strategischen Nutzung von Lücken und Nischen des Weltmarktes, vor allem aber der Förderung und Nutzung ihres Humankapitals. Hinzu kamen relativ kleine Bevölkerungen und überschaubare Anforderungen beim Aufbau einer angemessenen Infrastruktur.

Ihre immanente Strukturdefizite zeigen sich gegenwärtig deutlicher beim Überspringen des Booms auf die Tigerstaaten der sogenannten zweiten Generation: Malaysia; Thailand, Indonesien, die Philippinen, Vietnam und die chinesischen Küstenprovinzen. Bereits jetzt schon überdunkeln die düsteren Schattenseiten den Glanz explosiver Zuwachsraten. Hier verbinden sich die Mängel einer unzureichenden Infrastruktur mit einer zum Teil kaum noch

korrigierbaren Umweltzerstörung, mit geometrisch fortschreitender Entwaldung und einer Verunreinigung der Luft und der Gewässer, die Städte wie Bangkok, Djakarta und die küstennahen Großstädte Chinas schon bald unbewohnbar machen könnten.

Die bei den neuen Tigern aufscheinenden Grenzen des Wachstums, die mit entsprechender Verzögerung auch die Zukunft der bereits etablierten Tigerstaaten kennzeichnen können, sind alles andere als Anlaß zu wohlgefälliger Schadenfreude, dafür ist es zu sehr unsere in der Einen Welt. Die scheinbare Bedrohung durch diese aufstrebenden Ökonomien für die Volkswirtschaften des Westens hat sich bereits, so sie je bestanden hätte, in die unabdingbare Notwendigkeit zu noch engerer Kooperation gewandelt. Das gilt nicht nur für die überfällige Konsolidierung des dortigen Bankensystems, die Qualität und Produktivität der Arbeit, die Armutsbekämpfung und die Beseitigung der krassen Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch für den dringlichen Aufbau von Systemen der sozialen Sicherheit.

Die asiatischen Tigerstaaten waren nie Musterbeispiele für eine Deregulierungspolitik nach dem Muster von Frau Thatcher, eher schon nach dem schamlosen Bereicherungsmodell der Reaganomics. Die Flut der Korruptionsanzeigen in Südkorea zeigt den unausweichlichen Reformzwang und die Kurskorrekturen, denen die südostasiatischen Wachstumsökonomien ausgesetzt sind. Die Verzögerung des wirtschaftlichen Kladderadatsch in Indonesien ist bereits untrennbar mit dem Gesundheitszustand des Diktators Suharto verknüpft.

Dank der Globalisierung kann die sich abzeichnende Krise der asiatischen Schwellenländer nicht für die Sanierung der westlichen Wirtschafts- und Beschäftigungskrise herhalten, im Gegenteil: So wie der dortige Boom seinen unschätzbaren Beitrag für die Stabilität in der Europäischen Gemeinschaft und für die Erholung der US-Wirtschaft geleistet hat, so ausgeprägt ist die wechselseitige Abhängigkeit der unseren von den dortigen Wirtschaftsräumen.

Zugleich wird der unabweisbare Bedarf nach sozialer Entwicklung, der sich für den ganzen Kontinent bei Explosionsgefahr herausgestellt hat, zu einer, vielleicht nicht ganz freiwilligen, Rehabilitierung der Sozialstaatsmodelle des „alten“ Europa führen. Der ständig steigende Beratungsbedarf, der seit etwa zwei Jahren aus Asien beim DGB angemeldet wird, hat sich zu zwei Dritteln auf den Wissensdurst von Regierungsdelegationen verlagert. Wenn so nachdrücklich nach Deutungen, Details und Umsetzungserfahrungen für unser Sozialsystem nachgefragt wird, kann sich dahinter wohl weniger ein Abschreckungseffekt, sondern eher ein Wunschbild verbergen.

6. Das 21. Jahrhundert wird das asiatische Jahrhundert sein

Es gibt eine Vision für das 21. Jahrhundert, die nicht mehr ist als eine zeitgemäße Chimäre: Die Vorstellung vom kommenden „asiatischen Jahrhun-

dert“ ist aus dem Mund des malaysischen Premierministers ein wahrscheinlich hybrider Anstachelungsversuch, dem Dilemma steigender Erwartungen mit Berufung auf glorreiche Zukünfte zu entrinnen, und sie ersetzt im Geschwätz westlicher Konkurrenzfestischisten jede Reflexion Über eine sehr wohl angesagte „Neue Weltordnung“ von mehr sozialer Gerechtigkeit und Wohlfahrt.

Es gibt eine Schule der Kulturtheorie, seit Arnold Toynbee an den alten Griechen und Rom erprobt, die nicht müde wird, den Epochewandel an Hegemonialmachten festzumachen. Diesem Verfahren mag einiges an deskriptiver Eleganz anhaften, der wesentliche Sinn derartiger Erbauungsliteratur aber ist der Entwurf eines rückwärtsgerichteten Bedrohungsszenarios, wie es in unnachahmlich reaktionärer Weise erst unlängst dem amerikanischen Politikwissenschaftler Samuel Huntington mit seiner Beschwörung des „Zusammenpralls der Kulturen“ gelungen ist.

Es mag durchaus angebracht sein, unserer westlichen Halbinsel Asiens einen künftigen Bedeutungsverlust vorauszusagen, und die Außenhandelsstatistiker in den Presseabteilungen der Arbeitgeberverbände und ihrer Wirtschaftsforschungsinstitute bemühen sich redlich, die wachsenden Exportüberschüsse als schwindende Stellung auf den Weltmärkten zu interpretieren. Konnten früher die CIA für den sauren Regen über dem Frankfurter Stadtwald und die kommunistische Unterwanderung für die Hamburger Sturmflut verantwortlich gemacht werden, so wird schon bald die Überschwemmung mit koreanischen Automobilen zur Werksschließung in Wolfsburg führen.

Die Schreckensvision von 500 Millionen Chinesen am Steuer des eigenen Autos schafft für diese Ängste keine Abfuhr, ebensowenig wie der Besuch des Bundeskanzlers bei der künftigen Weltmacht im Sultanat von Brunei. Zieht man aber am Ende des 20. eine Bilanz der beiden letzten, offensichtlich „europäischen“ Jahrhunderte, dann sollte einen die Aussicht auf ein 21. und dann vielleicht asiatisches Jahrhundert eher beruhigen.

7. Asien ist anders

Den älteren Zeitgenossen dürfte Hans-Walter Berg noch in Erinnerung sein, der uns einst die „Gesichter Asiens“ im Deutschen Fernsehen näherbrachte und dessen sonore Baßstimme die unauslotbare Tiefe und Andersartigkeit des Kontinentes zum Klingen brachte. Heutzutage leiten deutsche Asienexperten die Kurzdarstellung ihrer Einsatzländer gerne mit einem „China (wahlweise Indien, Vietnam, Indonesien, Papua-Neuguinea, Japan usw.) ist ganz anders“ ein, um sich bedeutungsschwer von jeder Vergleichbarkeit ihrer Grundkenntnisse abzusetzen.

Natürlich wäre es vermessen, diesen Kontinent und seine Inseln mit der großartigen Vielfalt der Menschen, Kulturen, Entwicklungen, Landschaften und Herausforderungen auf einen Begriff zu bringen. Ein Menschenleben reicht kaum zur Erkundung der eigenen Provinz.

Mittlerweile macht sich im Management deutscher Auslandsunternehmen die Erkenntnis breit, daß auch in Asien ein gelegentlicher Kulturschock hinderlich fürs Geschäft sein kann. Deshalb wird dem deutschen Führungspersonal ein interkulturelles Training angediehen, damit es mit „fremden“ Situationen besser umgehen kann. Zu unfreiwilliger Komik führt das dann, wenn als Quintessenz für richtiges Verhalten bei chinesischen Geschäftsessen darauf verwiesen wird, man dürfe zwar fast alles, nur nicht niesen, denn das sei der Gipfel der Respektlosigkeit.

Die Verletzung der Etikette mag zwar Auslöser für gravierende Mißverständnisse sein, sie zu achten gehört zu den Grundregeln ziviler Umgangsformen. Aber so wie Benimmregeln zur Trainingseinheit für interkulturelles Management gehören, müßte ins Rüstzeug deutscher Kapitaleinsätze im asiatischen Ausland - und nicht nur da - eine Schulung für zivilisierte Arbeitsbeziehungen aufgenommen werden. Zum Respekt für den asiatischen Geschäftspartner sollte sich überall der Respekt vor grundlegenden Arbeitnehmerrechten gesellen.

Die Demokratie ist kein Besitzstand Europas oder beider Amerikas; die größte Demokratie der Welt ist in Asien beheimatet, und bei allen Rückschlägen in Burma oder Kambodscha gehört auch in Asien den demokratischen und partizipativen Formen des Zusammenlebens die Zukunft.

Demokratiemodelle mögen miteinander im Widerstreit liegen, aber eine Grundkonstante für demokratische Verhältnisse ist die Vereinigungsfreiheit und damit die Existenz freier Gewerkschaften. Darin ist Asien nicht anders.

In manchen westlichen Köpfen ist die Klischeevorstellung vom Fassadencharakter der asiatischen Demokratien verhaftet, sie finden dafür Belege von Indien bis Japan. Übersehen wird dabei, daß autoritäre Bürokratien, Korruption und Wahl(kreis)manipulationen auch in Europa keine unbekannten Größen sind. Demokratie ist daher ein nie abgeschlossener Vorgang, auch darin ist Asien nicht anders als Europa.

Was bleibt, ist Hoffnung auf noch mehr gemeinsame Zukunft.